12/SN-240/ME

AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG

MD-Verfassungs- und
Dienststelle Rechtsmittelbüro

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 4000-82 332

MD-VfR - 1004/98

Wien, 4. Mai 1998

Entwurf eines Bundesgrundsatzgesetzes über den Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen (Pflanzenschutzgrundsatzgesetz); Stellungnahme

35 PS

8.5.98 Kray

Mag Peyerl

An das
Präsidium des Nationalrates

Das Amt der Wiener Landesregierung übermittelt in der Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage
(25fach)

Dr. Jankowitsch
Obersenatsrat

AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG

MD-Verfassungs- und
Dienststelle Rechtsmittelbüro

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 4000-82 332

MD-VfR - 1004/98

Wien, 5. Mai 1998

Entwurf eines Bundesgrundsatzgesetzes über den Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen (Pflanzenschutzgrundsatzgesetz); Begutachtung; Stellungnahme

zu Zl. 12.101/27-I 2/98

An das
Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

Auf das do. Schreiben vom 22. April 1998, Zl. 12.101/27-I 2/98, gibt das Amt der Wiener Landesregierung nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien bekannt, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken bestehen.

Es wird jedoch unter Bezugnahme auf die unter Punkt I. der ho. Stellungnahme vom 26. März 1998, Zl. MD-VfR - 325/98, dargelegten allgemeinen Ausführungen neuerlich darauf hingewiesen, daß sich durch die landesrechtliche Umsetzung von EU-Pflanzenschutzvorschriften der Tätigkeitsbereich des auf Landesebene eingerichteten amtlichen Pflanzenschutzdienstes nicht unwesentlich

erweitern wird und die daraus resultierenden Mehraufwendungen in die mit dem Bund abzuwickelnden Finanzausgleichsverhandlungen einzubeziehen sein werden.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

Dr. Jankowitsch
Obersenatsrat

Mag. Magesacher